

Antrag 126/I/2020

KDV Mitte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt bei Annahme 127/I/2020 (Konsens)

Verankerung einer Feministischen Außenpolitik in Inhalt und Struktur!

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bun-
2 desregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die deut-
3 sche Außenpolitik das Ziel der feministischen Außenpo-
4 litik in Form der Gleichstellung der Geschlechter sowie
5 der Schaffung von Chancengleichheit für alle, unabhängig
6 von Nationalität, sexueller Identität, Religion und Welt-
7 anschauung, ethnischer Herkunft, rassistischer Zuschrei-
8 bung, Lebensalter, sozialem Status und Behinderung ver-
9 folgt.

10

11 Bezüglich der inhaltlichen Akzentsetzung der VN-
12 Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ im Auswärtigen
13 Amt fordern wir:

14

- 15 1. Sicherzustellen, dass der dritte Nationale Aktions-
16 plan für die Umsetzung der Resolution 1325 res-
17 sortübergreifend bundesweit sowie auf Landes-
18 ebene kohärent umgesetzt wird, indem klare Zie-
19 le, Monitoring-Verfahren und Evaluationskriterien
20 festgelegt und ausreichend finanzielle Ressourcen
21 bereitgestellt werden. Dies schließt die wiederhol-
22 te, stetige Ansprache dieser Ziele im Dialog mit in-
23 ternationalen Regierungsvertretern mit ein.
- 24 2. Marginalisierten Stimmen im Sicherheitsdiskurs –
25 in erster Linie den Stimmen von Frauen – mehr poli-
26 tisches Gewicht zu verleihen durch verstärkte finan-
27 zielle Förderung und Stärkung von Teilhabe an po-
28 litischer Konfliktlösung von Frauenrechtsverteidige-
29 rinnen und Aktivistinnen in Krisen- und Konfliktlän-
30 dern.
- 31 3. Weitergehende wissenschaftliche Analyse der Aus-
32 wirkung neuer globaler Sicherheitsrisiken, wie Kli-
33 mawandel und Digitalisierung, auf Frauen und Min-
34 derheiten zu betreiben und die deutsche Außenpoli-
35 tik auf die Bekämpfung dieser Risiken auszurichten.

36

37 Weiter fordern wir die strukturelle Verankerung der Prin-
38 zipien der Resolution 1325 im Auswärtigen Amt durch:

39

- 40 1. Konsequente Verankerung einer feministischen Au-
41 ßenpolitik in den Konzept- und Strategiepapieren
42 des Auswärtigen Amtes sowie der Integration von
43 Gender als Kategorie in den Förderkonzepten und -
44 instrumenten des Auswärtigen Amtes.
- 45 2. Verbindliche Genderanalysen aller Länder
- 46 3. Umsetzung einer geschlechtergerechten Personal-
47 politik und -entwicklung im Auswärtigen Amt, ins-

48 besondere der Umsetzung der Agenda „Frauen, Frie-
49 den und Sicherheit“ als einem Beförderungskriteri-
50 um für Diplomat*innen.

51

52

53 **Begründung**

54 Der Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten sowie
55 ihre gleichberechtigte Mitwirkung an Friedensprozessen
56 tragen in erheblichem Maße zur Wahrung und Förderung
57 des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit bei.
58 Zu diesem Schluss kam der Sicherheitsrat der Vereinten
59 Nationen in der Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Si-
60 cherheit“ bereits am 31. Oktober 2000. Seitdem hat das
61 Gremium eine Reihe von Folgeresolutionen verabschiedet
62 und damit eine umfassende Agenda „Frauen, Frieden und
63 Sicherheit“ geschaffen. Die Rolle von Frauen bei der Frie-
64 denssicherung und in Konflikten ist ein zentrales Thema
65 der deutschen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat. Ziel
66 ist es, Gleichstellung, Teilhabe und Schutz von Frauen als
67 zentrale Bestandteile von Außen- und Sicherheitspolitik
68 zu verankern.

69 Um diesem Nachdruck zu geben entstand ein internatio-
70 naler Diskurs der feministischen Außenpolitik.

71

72 Die feministische Außenpolitik ist die Einleitung eines
73 neuen Paradigmas in der Außenpolitik, um bestehende
74 Machtstrukturen zu durchbrechen und durch eine erhöh-
75 te Repräsentation und Beteiligung von Frauen und gen-
76 derspezifischen Themen politische Prozesse neu zu ge-
77 stalten. Ziel ist es, ein neues Verständnis von Sicher-
78 heit jenseits eines Elitediskurses zu schaffen. Länder wie
79 Schweden und Kanada setzen bereits erfolgreich eine fe-
80 ministische Außenpolitik um, die britische Laborpartei be-
81 kennt sich zur feministischen Außenpolitik und Frank-
82 reich, Luxemburg und Mexiko bekunden Absichtserklä-
83 rungen, sie umzusetzen.

84

85 Ziel ist es auch, den zweiten nationalen Aktionsplan der
86 Resolution 1325 der Bundesregierung, der 2017 eingeführt
87 wurde, mehr Verbindlichkeit und Bedeutung zukommen
88 zu lassen.